



Klimaschutz in Ecuador



„Schritt nach vorn“: Falconi bei seiner Rücktrittserklärung am 13. 1. Foto: rtr

Der Yasuní-Nationalpark zählt zu den artenreichsten Regionen. Mit dem Projekt „Dschungel statt Öl“ soll das auch so bleiben



An der engsten Stelle noch immer 500 Meter breit: Der Rio Napo gehört zur Verkehrsachse zwischen der brasilianischen Amazonasmetropole Manaus

„Öko für die Armen“

Ex-Außenminister Fander Falconi hofft, dass das „Dschungel-statt-Öl“-Projekt jetzt starten kann

taz: Herr Falconi, als Außenminister haben Sie engagiert für die Yasuní-ITT-Initiative geworben. Wie war die Resonanz?
Fander Falconi: Immer größer. Es ist ja ein revolutionärer Vorschlag. Ecuador würde ein großes wirtschaftliches Opfer zugunsten der indigenen Völker und der unvergleichlichen Artenvielfalt im Yasuní-Nationalpark bringen und den Ausstoß von 410 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen verhindern. Der Vorschlag wird von mehreren multilateralen Foren unterstützt, unter anderem von den blockfreien Staaten. Auch in Europa ist er mit großer Hoffnung aufgenommen worden, der deutsche Bundestag hat ihn einstimmig unterstützt. Selbst der *Economist*, der ihn zunächst skeptisch betrachtet hatte, hob zuletzt das Brillante, Neuartige hervor.
Warum haben sich die Verhandlungen über die Ausgestaltung des Fonds mit dem UN-Entwicklungsprogramm so lange hingezogen?

Yasuní-ITT ist ein neuartiger und komplexer Vorschlag. Es gibt nichts Vergleichbares, man kann also nichts kopieren. 2009 wurde viel an der technischen Seite gefeilt. Jetzt wären alle Voraussetzungen erfüllt, damit eingezahlt werden könnte.
Umweltgruppen wenden sich gegen die Logik des Emissionshandels, also dagegen, dass sich Firmen durch den Erwerb von CO₂-Zertifikaten von ihrer Verpflichtung zur Reduzierung freikaufen können. Teile des Verhandlungsteams hatten damit keine Probleme. Und Sie? Das ist ein Interessen- und Wertekonflikt. Ich bin für Werteppluralismus. Uns schwebte ein breites Spektrum von Möglichkeiten vor, um Gelder einzuwerben, auch solche von den Kohlenstoffmärkten.
Anfang des Jahres sprach Präsident Correa plötzlich von „Verhandlungen unter beschämenden Bedingungen“ und sagte: „Wir sind es satt, uns wie eine Kolonie behandeln zu lassen“. Warum?

Das müssten Sie ihn fragen, deshalb bin ich ja zurückgetreten. Also gab es keinen Druck auf Ecuador? Man hat ja nichts unterschrieben, es wurde immer nachgebessert. Die Verhandlungen wurden auf unserer Seite von hoch quali-

fizierten Leuten mit großer internationaler Erfahrung geführt. Dass das „beschämend“ sein sollte, konnte ich nicht akzeptieren. Letztes Jahr hat man Ihnen in Berlin 650 Millionen Euro in Aussicht gestellt. War dafür nicht die Einrichtung des Treuhandfonds Bedingung?
Nein, das war keine Forderung der Deutschen. Es ist aber ein legitimes Anliegen, dass es ein solides Instrument geben muss, das möglichen Beitragern Sicherheit gibt. Wir haben immer klargestellt, dass dabei die Souveränität des Landes gewahrt bleiben muss, denn Ecuador bringt ja den größten Beitrag auf, mindestens die Hälfte der möglichen Einnahmen aus einer Förderung von 850 Millionen Barrel Öl.

Was bedeuten die Erklärungen des Präsidenten und die Rücktritte auch des kompletten Verhandlungsteams für die Zukunft der Yasuní-ITT-Initiative? Sie ist richtig durchgeschüttelt worden. Ich hoffe, unter dem Strich ist es ein Schritt nach vorne, und die Regierung wird zu einem größeren Engagement gedrängt. Es gibt ja keine unüberwindbaren Differenzen, und ich hoffe, mit dem neuen Team wird der Fonds so bald wie möglich eingerichtet.
Doch die möglichen Geber sind beunruhigt ...

Die internationale Unterstützung bleibt unverzichtbar. Im nördlichen Teil des ecuadorianischen Amazonasgebiets haben seit den Siebzigerjahren für die Menschen und die Umwelt regelrechte Katastrophen stattgefunden. Auch wenn ich deshalb schon lange für ein Ölfördermoratorium im Zentrum und im Süden eintrete, ist das keine persönliche Frage, sondern eine eminent politische. Es geht um den Kern der Bürgerrevolution. Sehen Sie noch eine Chance, die in der Verfassung vorgesehene ökosoziale Wende mit Correa durchzusetzen?

Genau das ist jetzt die Frage. Eine moderne Linke muss sich auf eine Ökologie für die Armen stützen. Eine intakte Umwelt darf kein Luxus für Reiche sein, sie ist ein Bedürfnis für die Armen. Jedes Projekt des Wandels muss von der Umwelt ausgehen, besonders in einem megadiversen Land wie Ecuador.

INTERVIEW: GERHARD DILGER

Jetzt hängt's am Präsidenten

Die ecuadorianische Regierung erhält ihren innovativen Klimavorschlag aufrecht – noch

VON GERHARD DILGER

Mit einem neuen Team will die ecuadorianische Regierung weiter für das „Dschungel-statt-Öl“-Projekt im Yasuní-Nationalpark werben. „Es bleibt unsere wichtigste Initiative, sie signalisiert einen totalen Bruch mit der Vergangenheit“, sagte Staatspräsident Rafael Correa Anfang des Monats. Doch der Vertrauensverlust auf internationaler Ebene, den der linke Präsident am 9. Januar provoziert hatte, wirkt nach. Er habe verhindern müssen, dass der geplante Treuhandfonds unter dem Dach des UN-Entwicklungsprogramms zu „beschämenden Bedingungen“ eingerichtet werde, polterte Correa damals, im Juni könnte die Ölförderung in dem artenreichen Regenwaldgebiet beginnen.

Daraufhin waren drei prominente Mitglieder aus der das Projekt betreibenden Regierungskommission zurückgetreten, die 2009 erfolgreich für die Initiative geworben hatten: Außenminister Fander Falconi, der gleichzeitig auch sein Ministeramt aufgab, der Unternehmer Roque Sevilla und Yolanda Kakabade, die mittlerweile zur Vorsitzenden der Umweltstiftung WWF ernannt wurde. Für sie kam der Vorwurf, sie hätten die Souveränität Ecuadors aufs Spiel gesetzt, einer Beleidigung gleich.

Ein Treuhandfonds, bei dem UN-Vertreter über die Verwendung der Mittel aus den Zinsen mitreden könnten, würde „möglichen Beitragern Sicherheit“ geben, betonte Falconi (siehe Interview). Dies gilt auch für den Fall, dass eine künftige Regierung doch die Reserven aus dem ITT-Gebiet anzapfen würde – dann nämlich erhielten die Geber ihr Geld zurück.

Der Präsident weiß natürlich, dass er nie im Alleingang über diese Klimamillionen würde verfügen können. Daher entstand der Eindruck, er hätte Angst vor der eigenen Courage bekommen. Laut Sevilla hatten europäische Regierungen nämlich schon fast die Hälfte der Zielsumme in Aussicht gestellt.

Nun also sind die Karten neu gemischt. Für die internationalen Kontakte ist jetzt Ivonne Baki zuständig, eine unter Linken und Umweltaktivisten höchst umstrittene Figur, die von 1998 bis 2002 Botschafterin in Washington war und sich im Milliardenprozess zwischen ChevronTexaco und ecuadorianischen Basisaktivisten auf die Seite des Ölmultis schlug.

Mit „Skepsis und Abwarten“ umreißt die grüne Bundestagsabgeordnete Ute Koczy die Stimmung unter den deutschen Freunden des innovativen Klimavorschlags. Ein Brief an Cor-

rea, in dem sich Abgeordnete aller fünf Bundestagsfraktionen für einen „dauerhaften Schutz des ITT-Gebietes“ einsetzten, blieb bislang unbeantwortet. „Das Projekt ist eine historische Chance zur Umkehr bei der Regenwaldzerstörung – und für die Unterstützung der dort lebenden Menschen“, sagte Koczy der taz. „Wir drücken die Daumen, dass es jetzt wieder vorangeht. Ecuador ist am Zug.“

„Der Schlüsselakteur heißt Correa“, sagt Alberto Acosta, der 2007 als Energieminister entscheidenden Anteil hatte, dass der von Umweltaktivisten entwickelte Vorschlag Regierungspolitik wurde. Der 61-jährige Ökonom ist einer der prominentesten lateinamerikanischen Intellektuellen, die sich für eine ökosoziale Entwicklung einsetzen.

Länder wie Ecuador müssten endlich den „Fluch der üppigen Bodenschätze“ überwinden, durch deren Ausbeutung Kor-

ruption und Ungleichheit festgeschrieben werde, meint Acosta. Als Vorsitzender des Verfassungskonvents sorgte er vor zwei Jahren dafür, dass die Rechte der Natur im neuen Grundgesetz verankert wurden – wenig später kam es zum Bruch mit Correa. Nun sind die Hürden für neue Öl- oder Bergbauprojekte in Naturschutzgebieten höher als früher: Der Staatschef braucht dafür die Zustimmung im Parlament, sogar eine Volksabstimmung ist möglich.

Die Förderoption war stets für den Fall vorgesehen, dass die gewünschten 3,5 Milliarden Dollar innerhalb von zehn Jahren nicht aufzubringen seien. „Es geht um riesige Geschäfte“, sagt Acosta, eine Förderung des ITT-Schweröls könne Investitionen in Höhe von 5 bis 15 Milliarden Dollar erforderlich machen. Correas Erklärungen bezeichnet er als „verantwortungslos“, es werde nicht leicht, international die Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen.

Im Lande selbst jedoch ist die Yasuní-ITT-Initiative durch die breite Debatte der letzten Wochen erst richtig bekannt geworden – mit ermutigenden Folgen: Einer neuen Umfrage zufolge möchten 68 Prozent der EcuadorianerInnen über die Ölförderung im ITT-Gebiet per Referendum abstimmen, und sogar drei Viertel lehnen sie ab.

Der Präsident weiß natürlich, dass er nie im Alleingang über diese Klimamillionen würde verfügen können



Über Pipelines wird das mitten im Dschungel geförderte Öl abtransportiert Foto: Cyril le Tourneur D'Isou/Jaif

Fander Falconi

■ 47, war von Dezember 2008 bis Januar 2010 ecuadorianischer Außenminister. Der linke Ökonom, der in Barcelona über Umweltfragen promovierte, gilt als einer der Köpfe von Ecuadors „Bürgerrevolution“.

Dazu müssten 850 Millionen Barrel Erdöl im Boden bleiben und die Staatengemeinschaft müsste 3,5 Milliarden Dollar zahlen



und der Hafenstadt Manta an der ecuadorianischen Pazifikküste Rodrigo Buendia/atp



Schmetterling, der der Ölförderung nicht standgehalten hat Foto: Ochoa/apa

Papageienschwärme statt Bohrtürme

Das ecuadorianische Angebot, auf die Ölförderung im Yasuni-Nationalpark zu verzichten, muss noch stärker bekannt gemacht werden

VON GERHARD DILGER

Rosarote Delfine tollen in der Mitte des Flusses, kreisende Affen springen durch das Geäst der Urwaldriesen am Ufer. Ara-Pärchen und Papageienschwärme ziehen über den Himmel. Bei Einbruch der Dunkelheit schwillt das Vogelkonzert an. Hier, im ecuadorianischen Amazonasgebiet unmittelbar an der Grenze zu Peru, zeigt sich der Regenwald von seiner faszinierendsten Seite.

Der Yasuni-Nationalpark ist eine der artenreichsten Regionen der Welt. Wissenschaftler haben eine rekordverdächtige Vielfalt von Fledermäusen, Ameisen und Käfern identifiziert. Eine neue Studie führt 150 Lurch-, 121 Reptilien- und 596 Vogelarten auf. Auf der Fläche eines Fußballfeldes gibt es fast soviele Baumarten wie in ganz Nordamerika. Der Park ist der traditionelle Lebensraum der Huaorani-Indigenas sowie der Tageri und der Taromenane, zweier Urvölker, die dem Kontakt mit den Weißen aus dem Weg gehen.

Seit knapp drei Jahren macht unter dem Stichwort „Dschungel statt Öl“ eine von Umweltgruppen entwickelte Klimaidee Furore: Jenes Erdöl, das im östlichen Teil des Yasuni-Nationalparks lagert, dem Ishpingo-Tambococha-Tiputini-Korridor (ITT), soll im Boden bleiben. Es handelt sich um knapp 850 Millionen Barrel, ein Fünftel der landesweiten Ölreserven. Im Gegenzug, so die Hoffnung, bringt die internationale Gemeinschaft als Ausdruck ihrer „Mitverantwortung“ 20 Jahre lang die Hälfte der erwarteten Deviseneinkünfte auf, 350 Millionen Dollar im Jahr.

Fünf Monate nach seinem Amtsantritt im Juni 2007 erklärte Ecuadors linker Präsident Rafael Correa die Yasuni-ITT-Initiative zum Regierungsprojekt. Mit besonders großer Begeisterung wurde das Projekt in Deutschland aufgenommen. Ein Jahr später unterstützte es der Bundestag in seltener Einhelligkeit, im Juni 2009 stellte die Bundesregierung über 13 Jahre je 50 Millionen Euro in Aussicht.

Die Mittel sollen in einen bei der UNO angesiedelten Treuhandfonds eingezahlt werden – für den Erhalt von Naturschutzgebieten, Wiederaufforstungsprogramme, den Ausbau erneuerbarer Energien, Energiesparprogramme und Sozialprojekte. Doch dieser Fonds ist bis heute nicht eingerichtet – Staatschef Correa fordert seit neuestem die Stimmenmehrheit für Ecuador.

Für den renommierten US-Ökologen Thomas Lovejoy zielt der Vorschlag auf die zwei größten Ursachen des Klimawandels, die fossilen Brennstoffe und die Urwaldzerstörung: „Es ist fantasievoll und ermutigend, dass es eine Regierung gibt, die überhaupt daran denkt, dass man auf Ölförderung verzichten könnte“.

Doch was halten die Menschen in der Amazonasregion selbst von dem Vorschlag? Eine von der NGO Acción Ecológica organisierte Bootsfahrt auf dem Amazonas-Nebenfluss Napo gibt Aufschluss. Von Coca, der Hauptstadt der Urwaldprovinz Orellana, geht es rund 250 Kilometer flussabwärts nach Osten bis Nuevo Rocafuerte kurz vor der peruanischen Grenze. An den engsten Stellen ist der Napo immer noch einen halben Kilometer breit. Er gehört zur Verkehrsachse zwischen der Amazonasmetropole Manaus und dem Pazifikhafen Manta, die die Regierungen Brasiliens und Ecuadors planen: Wenn er einmal ausgebaggert ist, soll hier brasilianisches Soja nach Asien verschifft werden.

Flammen am Himmel

Schon bald schießen linker Hand hinter den Bäumen zwei Flammen in den Himmel. Es ist der Beginn des Ölfelds Sacha. Früher wurde es von Texaco betrieben, nun soll ein Joint Venture zwischen der Staatsbetriebe Petroecuador und PDVSA aus Venezuela die Tagesproduktion von 48.000 auf 70.000 Barrel steigern.

Immer mehr Fähren ziehen vorbei. Sie bringen Lastwagen, Kräne und dicke Betonrohre in die Fördergebiete, etwa zur Hafenanlage Itaya. Seit 2008 wird der Block 15 von Petroamazonas gemanagt, einer ecuadorianischen Aktiengesellschaft mit öffentlichem Kapital. Unmittelbar daneben leben 120 Kichwa-Indigenas vom Kakao-, Kaffee- und Maisanbau. Ein paar Kinder spielen auf dem Fußballplatz.

„Hier versuchen 18 Bohrlöcher das Wasser“, sagt Daniel Tangüela, einer ihrer Sprecher, im schmucklosen Gemeinschaftsraum des Dorfes. „Fische gibt es kaum noch, und der ständige Lärm vertreibt die wilden Tiere.“ Dennoch trauert er dem US-Multi Occidental Petroleum (Oxy) nach: „Die haben uns wenigstens als Bootsfahrer verpflichtet, die Verträge eingehalten, unsere Schule unterstützt.“

Gedämpft ist auch die Stimmung auf der Gemeindeversammlung in Pañacocha, eine weitere Stunde flussabwärts.



Huaorani-Indigenas am Rio Napo bei der Jagd Foto: Zuidema/Hollandsche Hoogte/laif



Das ITT-Projekt

Im östlichen Teil des Yasuni-Nationalparks, dem Ishpingo-Tambococha-Tiputini-Gebiet (ITT), lagern 850 Millionen Barrel (à 159 Liter) schweres Erdöl. Das entspricht 20 Prozent der Ölreserven Ecuadors oder zehn Tagen des weltweiten Ölverbrauchs. Die Regierung beziffert den möglichen Reingewinn für das Land auf 7 Milliarden Dollar – daher der Vorschlag, man werde auf die Förderung verzichten, wenn die internationale Gemeinschaft mindestens die Hälfte davon aufbringt. Mit dem UN-Entwicklungsprogramm verhandelt Quito über die Einrichtung eines Treuhandfonds, aus dem Umwelt- und Sozialprojekte finanziert werden sollen. Vorgesehen ist dabei ein paritätisch aus UN-Funktionären und Ecuadorianern besetztes Entscheidungsgremium. (gd)

■ Siehe auch taz vom 4. Mai 2007

„Petroamazonas kauft uns nicht einmal unser Obst und Gemüse ab“, sagt Dorfvorsteher Nelson Rivadeneira, „alles lassen sie von außen herbringen.“ Heute sei die Umweltverschmutzung nicht mehr so offensichtlich wie in den Achtzigerjahren, als Texaco am Oberlauf des Napo und seinen Nebenflüssen wütete: „Damals war der ganze Fluss mit einer schwarzen, fünf Zentimeter dicken Ölschicht bedeckt. Viele sind an Krebs gestorben.“

„Die Ölfirmen haben uns gespalten“, berichtet der Endvierziger. „Nie reden sie mit allen, sie greifen sich einzelne Leute oder Gruppen heraus und machen Versprechungen. Den Reichtum schaffen sie weg, die Armut bleibt.“ In Pañacocha hat sich ein Teil der Gemeinde abgespalten, nun beschäftigt der Streit die Justiz.

Lebensweisen verändert

Lebensweise und Kultur der Kichwa und der mestizischen Siedler, die sich vor Jahrzehnten am Napo niederließen, hätten sich radikal gewandelt. „Wir waren Bauern, die sich gegenseitig ausgeholfen haben. Heute geht alles nur gegen Bezahlung“, bedauert Rivadeneira. „Früher wussten wir nicht, was Zeit ist, heute geht alles nach der Uhr. Kleidung, Ess- und Trinkgewohnheiten, Sprache, alles ist heute anders. Unsere Kinder schämen sich, Kichwa zu sprechen.“

Das Prinzip des „guten Lebens“ (auf Kichwa: „sumak kawsay“), das Ecuadors neue Verfassung prägt, ist für ihn eine sehr

konkrete Angelegenheit: „Gesundheit, gutes Essen, Ruhe, das müssen wir zurückgewinnen.“ Auch deswegen begrüßt er die Yasuni-ITT-Initiative, allerdings fragt er: „Was haben wir davon? Wir bräuchten mehr Know-how für die Verarbeitung unseres Kakao oder der Hühner- und Absatzmärkte. Diese Mittel müssten gerecht und transparent verwaltet werden.“

Selbst in den Gemeinschaften, die direkt an den noch unberührten Teil des Nationalparks angrenzen, kennt man das Projekt nur vom Hörensagen. „Einmal ist Staatspräsident Correa mit einem Hubschrauber heringeschwebt“, berichtet Franklin Cox, der Bürgermeister der Kommune Aguatico. „Unser Haushalt kommt komplett aus den Steuern der Ölfirmen“, sagt er, „doch immer mehr davon bleibt in Quito: 2007 hatten wir 1,4 Millionen Dollar, die beiden darauffolgenden Jahre nur noch die Hälfte, und für 2010 ist noch alles offen.“

Die Verbindung mit dem Öl ist so eng, dass ein Bohrturm das kommunale Wappen in seinem Büro ziert, ebenso wie seine Visitenkarte. Auf dem Gebiet der weitläufigen, aber dünnbesiedelten Kommune ist auch der spanische Konzern Repsol aktiv. Wegen der Verseuchung einer acht Hektar großen Fläche im Yasuni-Park hat Cox den Multi auf 3,1 Millionen Schadensersatz verklagt.

Ölsuche mit Dynamit

Im Block 31, der an das ITT-Gebiet angrenzt, will Petroamazonas

mit Dynamit nach Öl suchen. „Doch mit mir reden die nicht, sondern nur direkt mit den Leuten vor Ort. Sie bieten ihnen 40 Cent pro Hektar, das ist absurd“, sagt der Bürgermeister. „Natürlich bin ich dafür, das Öl im Boden zu lassen – wenn wir einen Teil des Geldes für echte lokale Entwicklung bekommen“, sagt Cox. „Der Yasuni könnte eine wunderbare Touristenattraktion werden.“ Schon jetzt träumt Bürgermeister Cox von Trinkwassersystemen und einem Flugplatz. „Das Hauptproblem ist allerdings: Kaum jemand kennt das Projekt.“

Das gilt auch für den verschlafenen Grenzort Nuevo Rocafuerte mit seinen 600 Einwohnern. Und das, obwohl Vizepräsident Lenin Moreno hier geboren wurde und auch schon zweimal selbst vorbeigekommen ist, wie Blanca Acero erzählt. Sie selbst betreibt eine kleine Unterkunft und sagt: „Unser Dorf lebt vom Tourismus, wie schön wäre es, wenn es dabei bliebe!“ Spanische Jesuiten haben das beste Krankenhaus weit und breit aufgebaut, die Strandpromenade ist gepflastert. Doch die Ladenbesitzerin Tomasa Guillin schimpft: „Es gibt keine Arbeit für meine Kinder, die Regierung hat uns im Stich gelassen.“

Plan B Förderoption

Nach drei Tagen Erkundungsmission ziehen die Besucherinnen in der Provinzhauptstadt Coca ein ernüchtertes Fazit: Die ecuadorianische Regierung hat bisher offenbar noch nichts unternommen, um die Yasuni-ITT-Initiative in Amazonien selbst bekannt zu machen. Gelegentliche Visiten von Ökoaktivisten aus der Hauptstadt können dieses Defizit nicht ausgleichen. Präsident Rafael Correa wolle sich die Förderoption offenhalten, das steht für Esperanza Martinez von Acción Ecológica fest: „Parallel zur Initiative hat man den sogenannten Plan B vorangetrieben – für den Fall, dass die Mittel nicht zusammenkommen. Wir hingegen fordern die Ausweitung des Förderstopps auf den Block 31.“

„Es ist fantastisch, dass die Bundesrepublik Deutschland den Regierungsvorschlag unterstützen will“, sagt Cogas engagierte Bürgermeisterin Ana Rivas von der Indigenapartei Pachakutik, „aber der ist noch nicht vollständig. Die Behörden vor Ort müssen mitreden dürfen, ebenso die betroffenen Gemeinschaften, die Huaorani, die Kichwa, die Mestizen.“